

V1 Illegale Pushbacks an der belarusisch-polnischen Grenze stoppen, Rechtsstaatlichkeit einfordern und Schutzsuchende menschenwürdig behandeln

Antragsteller*in: Luise Schmiedichen (KV Dresden)

Tagesordnungspunkt: 10. V-Anträge

1 Der belarussische Diktator Alexander Lukaschenko erpresst die EU und noch viel
2 schlimmer: die EU und insbesondere Polen reagieren exakt so, wie es sich der
3 autoritäre Machthaber nicht anders hätte wünschen können. Sie werden zum
4 politischen Spielball. Die EU verrät ihre eigenen Werte und ihre
5 menschenrechtlichen Grundlagen.

6 Lukaschenko hat die Schwachstelle der aktuellen politischen Lage entdeckt und
7 rächt sich damit für EU-Sanktionen, die im Frühjahr 2021 als Reaktion auf sein
8 repressives Vorgehen gegen prodemokratische Demonstrierende verhängt wurden. Die
9 Leidtragenden sind nun rund 20.000 Menschen, die vor allem aus dem Irak,
10 Afghanistan und Syrien geflüchtet sind und von Lukaschenko mit dem Versprechen
11 nach Belarus gelockt worden sind, dass sie von dort aus in die EU weiterreisen
12 und Asyl beantragen können. Es ist unsere Verantwortung als Jugendorganisation,
13 Druck auf die Landesregierung sowie die zukünftige Bundesregierung aufzubauen
14 und unsere Positionen in den Koalitionsvertrag zu bringen. Als sächsischer
15 Landesverband der Grünen Jugend positionieren wir uns mit diesem Antrag klar und
16 fordern den menschenunwürdigen Umgang mit Schutzsuchenden an unseren
17 Außengrenzen sofort zu beenden.

18 Schutzsuchende werden von polnischen Polizeikräften zurück in den belarussischen
19 Wald geschickt und geprügelt. Es gibt Beweismittel und Videos von Uniformierten,
20 die Schutzsuchende mit Schlagstöcken zusammenschlagen. Das sind
21 völkerrechtswidrige Pushbacks und gravierende Menschenrechtsverletzungen an den
22 Grenzregionen. Auch die Grenzgebiete zu Litauen und Lettland sind betroffen.
23 Allorts werden die Grenzbefestigungen verstärkt. Europa schottet sich ab und
24 wird zu einer Festung. Statt die hilfsbedürftigen Menschen in menschenwürdigen
25 Unterkünften unterzubringen und ihnen einen fairen Asylprozess zu gewähren,
26 werden sie unter Anwendung von Gewalt zurück über die Grenze gedrängt. Es gibt
27 keine Versorgung mit Lebensmitteln oder Trinkwasser, keine Unterkunft und keine
28 medizinische Versorgung. Egal ob jung oder alt, gesund oder krank, schwanger,
29 hungrig oder traumatisiert: die Menschen müssen oft viele Tage im Wald zwischen
30 Polen und Belarus ausharren. Die meisten von ihnen tragen Hämatome am Körper
31 oder haben Erfrierungen an den Füßen, weil sie zum Beispiel in der Kälte durchs
32 Moor gelaufen sind oder nachts im Wald campieren mussten. Mindestens 10 Menschen
33 sind an der osteuropäischen Außengrenze gestorben und die Gefahr für weitere
34 Todesfälle steigt mit den fallenden Temperaturen jeden Tag.

35 Wenn Schutzsuchende den Weg von Belarus über Polen nach Deutschland unter den
36 menschenunwürdigen Umständen geschafft haben, dann lässt es die deutsche
37 Regierung zu, dass die faschistische Partei III. Weg öffentlich und überregional
38 dazu aufrufen kann, Schutzsuchende am Grenzübertritt zu hindern. Auch Michael
39 Kretschmer reihte sich erst letzte Woche in eine Reihe von menschenunwürdigen
40 Rufen nach Zäunen und Mauern an den Grenzen ein. Es sind genau diese Aussagen,
41 die den Hass in unserer Gesellschaft schüren.

42 Am 2. September verhängte Polen einen Ausnahmezustand in der Grenzregion zu
43 Belarus. Seitdem herrscht ein Zutrittsverbot für Hilfsorganisationen. Diese
44 würden gerne beispielsweise die dringend benötigte medizinische Betreuung
45 anbieten. Doch sie werden von den polnischen Behörden aktiv an ihrer Tätigkeit
46 gehindert und dürfen nicht einmal in die Nähe der hungernden und frierenden
47 Menschen. Auch Journalist*innen wird der Zugang zu diesem Gebiet verboten, so
48 dass die Berichterstattung über und die Dokumentation der
49 Menschenrechtsverletzungen stark erschwert wird.

50 Polen verweigert den Menschen an ihrer Grenze bewusst eine menschenwürdige
51 Behandlung. Das ist eine Schande für die EU und für alle ihre Mitgliedsstaaten,
52 die vermeintliche innenpolitische Interessen über Grundrechte stellen, wie u.a.
53 das Recht auf Asyl, das Recht auf Leben, das Recht auf Nahrung, das Recht auf
54 Wohnen, das Recht auf Gesundheit und das Recht auf körperliche Unversehrtheit.
55 Die EU darf sich nicht auf Lukaschenkos Spiel einlassen und das Schicksal von
56 Menschen zum politischen Spielball machen.

57 Wir als Grüne Jugend Sachsen fordern von der Landesregierung in Sachsen sowie
58 der zukünftigen Bundesregierung als Positionierung im Koalitionsvertrag:

- 59 -Sofortiger Stopp der illegalen Pushbacks an den Außengrenzen der EU
- 60 -Finanzierung unabhängiger Beobachter*innen an den Grenzen zur Überwachung der
61 Einhaltung der Menschenrechte und Sicherstellung von Beweismitteln der
62 Menschenrechtsverstöße
- 63 -Sofortige humanitäre Versorgung der Geflüchteten in Polen, Litauen und Lettland
- 64 -Sofortiger Zugang zu fairen Asylantragsverfahren und rechtlichem Beistand in
65 Deutschland
- 66 -Sofortiger Zugang von Hilfsorganisationen und Medienvertreter*innen in den
67 Grenzregionen
- 68 -Humanitäre Aufnahme von Geflüchteten, die über Belarus nach Deutschland kommen,
69 sowie eine menschenwürdige Unterkunft
- 70 -Sprachkurse für ankommende Menschen von Tag eins an, unabhängig von der
71 Bleibeperspektive
- 72 -Konsequente Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen und Konsequenzen für
73 die Verantwortlichen
- 74 -Gute Versorgung und schnelle asylrechtliche Betreuung derjenigen, die über
75 Polen nach Deutschland kommen

Unterstützer*innen

Carolin Astrid Renner (KV Görlitz); Julian Matthias Adalberto Quispe Heider (KV Dresden); Marc Schneider (KV Dresden); Helena Schnettler (KV Görlitz); Bernhard Greuner (KV Dresden); Anne Katrin Rußbeck (KV Dresden)